

AUSGABE VOM 2. FEBRUAR 2019

Schüler und Studierende in NRW profitieren von der Bafög-Novelle

Mit dem Kabinettsbeschluss über ein Bafög-Änderungsgesetz bringt die Koalition weitreichende Verbesserungen auf den Weg, die zu Beginn des nächsten Schuljahres bzw. Wintersemesters auch für Schüler und Studierende in Köln und NRW wirksam werden. Kölns CDU-MdB Karsten Möring freut sich über die Erhöhung des Bafög-Satzes.

„Es gab Handlungsbedarf - nicht zuletzt wegen der steigenden Wohnkosten, die Schüler und Studierende zu tragen haben, wenn sie nicht im Elternhaus leben. Das Bafög wird angesichts sich wandelnder Lebensverhältnisse in Deutschland seine zentrale Bedeutung für Chancengerechtigkeit auch in Zukunft behalten“, so Möring.

Neuer Luftreinhalteplan verzichtet auf Fahrverbote in Köln

Anlässlich einer Debatte zu den NO₂-Grenzwerten der EU-Luftqualitätsrichtlinie hat der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring am Freitag im Bundestag die Vorlage der neuen Luftreinhaltepläne für Köln und Düsseldorf begrüßt. Die Pläne verzichten auf Fahrverbote und setzt stattdessen auf alternative Maßnahmen wie schadstoffärmere Busse, neue Ampeln, die Förderung des Radverkehrs und ein Durchfahrverbot für Lastwagen. ([Hier geht es zur Videoaufzeichnung](#).)

Für die CDU/CSU-Fraktion wies MdB Möring als Unterausschussmitglied Forderungen zurück, die Bundesregierung solle auf EU-Ebene erwirken, die europäische Richtlinie auszusetzen und die zweieinhalbmal höheren US-Grenzwerte einzuführen. Das sei reiner Populismus. Forderungen die gesetzlichen Grenzwerte einfach zu ignorieren, seien Aufforderungen zum Rechtsbruch. Man könne nicht nach dem Motto handeln: „Weil ich anderer Meinung bin, halte ich das gesetzlich festgesetzte Maß nicht ein.“



Klartext zu populistischen Forderungen der AfD: MdB Karsten Möring begründet in seiner Rede die Position der CDU/CSU-Fraktion.

Selbstverständlich werde die öffentlich Kritik an der wissenschaftlichen Begründung der Grenzwerte aufmerksam verfolgt, denn das Thema habe für die Bevölkerung mit Blick auf die Folgen für die Gesundheit aber auch für die Mobilität eine hohe Bedeutung. Angesichts dessen strebe die Bundesregierung eine wissenschaftliche Klärung an und spreche darüber gegenwärtig mit der Leopoldina als nationaler Akademie der Wissenschaften.

Das erklärte Ziel der CDU/CSU bleibe auch weiterhin, für saubere Luft in unseren Städten ohne Fahrverbote zu sorgen. Auch die Ausschussanhörung zum Entwurf der 13. Novelle des Bundesimmissionsschutzgesetzes habe deutlich gezeigt, so Möring, dass es möglich und richtig sei, Fahrverbote zur Reduzierung der Stickoxidbelastung in den Städten bei Grenzwertüberschreitungen bis 50µg/m³ zu vermeiden. Er dränge daher darauf, das Gesetz jetzt zeitnah im Deutschen Bundestag zu beschließen, um die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen für den Gesundheitsschutz gesetzlich sicherzustellen. „Die Luft hat sich in Köln in den letzten Jahren stetig verbessert. Dieser Trend wird sich angesichts der umfangreichen Fördermaßnahmen des Bundes zukünftig verstärkt fortsetzen. Fahrverbote brauchen wir dafür nicht“, so MdB Möring.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

der 27. Januar, Tag der Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau im Jahr 1945, ist Gedenktag für die NS-Opfer. Die Ausführungen des israelischen Historikers und Holocaust-Überlebenden Dr. Saul Friedländer in der Gedenkstunde am Donnerstag haben mich sehr bewegt. Er nannte Deutschland „eines der starken Bollwerke“ gegen Antisemitismus, Fremdenhass und Nationalismus, die überall auf der Welt in besorgniserregender Weise auf dem Vormarsch seien. Er äußerte die Hoffnung, dass die Deutschen „die moralische Standfestigkeit besitzen, weiterhin für Toleranz und Inklusivität, Menschlichkeit und Freiheit, kurzum: für die wahre Demokratie zu kämpfen“. Eine starke Botschaft, die Bundestagspräsident Schäuble ergänzte: „Aus der deutschen Schuld erwächst unsere Verantwortung, nicht vergessen zu dürfen.“



Ich finde es beschämend, wenn Juden heutzutage mit dem Gedanken spielen auszuwandern, weil sie Anfeindungen oder Angriffen ausgesetzt sind. Doch: „Scham allein reicht nicht“, mahnte Schäuble. Neben der Härte des Gesetzes würden im Alltag „unsere Gegenwehr gegen Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierung aller Art“ benötigt. Auch mich erschrecken Hass und Judenfeindlichkeit in den sozialen Medien. Ich bin froh, dass in NRW die Sicherheitsbehörden und Innenminister Reul so deutlich klare Kante zeigen!

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



Porzer Dreigestirn steigt Berliner Politik aufs Dach



Mit einem furiosen Auftritt des Porzer Dreigestirns Prinz Markus I, Jungfrau Helene, Bauer Dennis sowie des „Chauffeurs der Kanzlerin“ (alias Dr. Jens Singer) in der Parlamentarischen Gesellschaft des Bundestags zeigten die Karnevalisten, die auf Einladung von CDU-MdB Karsten Möring am Donnerstag nach Berlin gekommen waren, dass es getreu dem Motto „Nubbel, Garde, Poorzer Jecke – zesamme durch uns Strosse trecke“ neben ernstem politischem Alltag auch ein Leben außerhalb der Politik gibt. Das Kinderdreigestirn Prinz Max I., Jungfrau Lena und Bauer Cedric konnte trotz witterungsbedingter Flugverzögerungen später gutgelaunt dazu stoßen. (Foto: privat)

Wohnen: Enge Abstimmung zwischen Bund und NRW



Im Vorfeld der einer Klausurtagung von Unions-Baupolitikern im Bundestag mit Bundesbauminister Seehofer besuchte Kölns CDU-MdB Karsten Möring Landesbauministerin Ina Scharrenbach. Ihn begleitete der baupolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Kai Wegner. „Ein guter Meinungsaustausch, denn unser Ziel ist, dass durch gute Bau- und Wohnungspolitik eine lebenswerte Heimat gesichert wird. Dafür ist NRW ein wichtiger Partner und Vorbild auch für andere Länder. Bund, Länder und Kommunen sind bei Wohnen und Stadtentwicklung in gemeinsamer Verantwortung“, so Möring.

Anhörung: Fahrverbots-Ausnahmen im Fokus

Die Bundesregierung will Fahrverbote wegen möglicher Überschreitung des EU-Grenzwertes für Stickstoffdioxid vermeiden. Ein entsprechender Gesetzentwurf war am Mittwoch Gegenstand einer Experten-Anhörung im Umweltausschuss. Überwiegend bejahten die Juristen und Verbandsvertreter das Vorhaben, fanden aber Nachbesserungen insbesondere an der Ausgestaltung des geplanten Ausnahmekatalogs angezeigt. Sie stellten zudem übereinstimmend fest, dass mit dem Gesetz die EU-Grenzwerte nicht verändert würden, was dem deutschen Gesetzgeber auch nicht möglich sei.



Als zuständiger Unions-Sprecher befragt Kölns MdB Karsten Möring die Experten in der Sachverständigenanhörung des Umweltausschusses.

Konkret will die Regierung im Bundes-Immissionsschutzgesetz festschreiben, dass Fahrverbote in der Regel erst in Betracht kommen, wenn die NO_2 -Belastung oberhalb von $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ liegt. Der EU-Grenzwert liegt bei $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$.

Der Kölner Rechtsanwalt Professor Ludger Giesberts erläuterte dem Ausschuss überzeugend, dass EU-Recht dem Vorhaben nicht im Wege stehe, weil der EU-Grenzwert nicht verändert würde, sondern nur die Maßnahmen bestimmt würden, mit der er erreicht werden sollte. Der Jurist schlug allerdings Nachbesserungen beim Ausnahmekatalog an, um Diskriminierungen privater Anbieter von Entsorgungsdienstleistungen aber auch des Handwerkerverkehrs zu vermeiden. Dem schlossen sich auch andere Sachverständige an.

Dr. Peter Wilbring vom TÜV Rheinland bestätigte die Korrektheit und Angemessenheit der Messstellen in NRW.

[Hier geht es zur Aufzeichnung der Anhörung und den Dokumenten](#)

Impressum:

Ausgabe Nr. 25 der 19. Wahlperiode

2. Februar 2019

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-77611

Email:

karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

Karsten Möring MdB/Harald Häßler/

Dr. Jürgen Reuter

Bildnachweis: privat

